

18.03.2022

Kleine Anfrage 6487

des Abgeordneten Gordan Dudas SPD

Investitionsstopp in Verkehrsinfrastruktur nach der A45-Vollsperrung aufgrund der Schäden an der Rahmedetalbrücke?

Die Sperrung der Rahmedetalbrücke sorgt für eine extreme verkehrliche Belastung der Städte und Gemeinden in der ganzen Region Südwestfalen. Ausweichstrecken werden besonders durch den Schwerlastverkehr in Mitleidenschaft gezogen, da viele Straßen für eine solche Flut an LKWs nicht ausgelegt sind. Dies hat zur Folge, dass bereits jetzt Schäden an Straßen erkennbar sind und bis zur Fertigstellung der neuen Brücke noch verstärkt auftreten werden.

Umso wichtiger ist es, dass trotz der tagtäglichen Mehrbelastung sowohl die Stadt Lüdenscheid, aber gleichermaßen auch die vielen umliegenden Kommunen an Volme und Lenne und in den umliegenden Kreisen nicht vergessen werden. Denn die Menschen wohnen weiterhin in ihren Städten und Dörfern, die Wirtschaft muss weiterhin ihre jeweiligen Ziele vor Ort erreichen können. Somit sind Investitionen in unsere heimische Infrastruktur auch während der A45-Sperrung unerlässlich und müssen je nach Sachlage unter Berücksichtigung der verkehrlichen Gegebenheiten realisiert werden. Das gilt neben Maßnahmen zum Erhalt und zur Verkehrssicherung auch für die in der Planung befindlichen Straßenprojekte wie beispielsweise die im Bundesverkehrswegeplan enthaltene B54n in Kierspe, den Ausbau des Brückenkreuzes in Lüdenscheid oder die geplante Maßnahme in Kierspe im Bereich „Tannenbaum“. Ebenso darf im Sinne der Verkehrswende auch der Radwegeausbau nicht verzögert werden.

Daher irritieren die wiederkehrenden Aussagen der Landesregierung, dass der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen in der Region viele Baustellen vorzeitig abgeschlossen oder zeitlich verschoben hat, um möglichst keine zusätzlichen Verkehrsbeeinträchtigungen durch Baustellen zu erzeugen. Wenn die Infrastruktur und insbesondere die Straßen als unverzichtbare Verkehrswege nicht in Stand gehalten werden, drohen immer wieder neue Sperrungen, Nadelöhre und Engpässe, wodurch die bestehende Situation mindestens punktuell nochmals verschärft würde. Wenn zudem lange angedachte oder geplante Bauprojekte, die eine Entlastung bringen können und sollen, nicht umgesetzt werden, verlieren viele Orte perspektivisch den Anschluss. Das ist weder unserer heimischen Wohnbevölkerung, noch den unzähligen Pendlerinnen und Pendlern und der Wirtschaft zuzumuten. Denn die Region darf nicht abgehängt werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Datum des Originals: 18.03.2022/Ausgegeben: 18.03.2022

1. Inwiefern plant die Landesregierung, in der von der Brückensperrung betroffenen Region weniger Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Straßenbau vorzunehmen?
2. Welche Straßenbaumaßnahmen in der Zuständigkeit des Landes werden im laufenden Kalenderjahr zurückgestellt?
3. Wie werden die freiwerdenden finanziellen Mittel stattdessen verwendet?
4. Inwiefern plant die Landesregierung, aufgrund der aktuellen Situation ausbleibende Investitionen in die Infrastruktur zu gegebener Zeit verbindlich nachzuholen?
5. Wie will die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden, dass nicht die gesamte Region Südwestfalen abgehängt wird?

Gordan Dudas